

INHALTSVERZEICHNIS

A. EINFÜHRUNG	1
B. DER BETRUG ALS KOMMUNIKATIONSDELIKT	5
<i>I. Sozialpsychologische Kommunikationsmodelle</i>	6
1. Das Sender-Empfänger-Modell.....	6
2. Das Vier-Seiten-Modell	7
<i>II. Der Betrug im Lichte sozialpsychologischer Kommunikationsmodelle</i>	8
1. Betrachtung des Regelfalls.....	8
2. Betrachtung des Falls eines Betrugs trotz wahrer Erklärung	9
3. Ergebnis.....	11
<i>III. Zum Wesenskern eines Kommunikationsdelikts</i>	12
1. Beispiele für Kommunikationsdelikte.....	12
a) Der Betrug	12
b) Verbreitungs- und Äußerungsdelikte	15
c) Sonstige Straftatbestände.....	16
d) Zwischenergebnis.....	17
2. Eigene Definition	17
3. Ergebnis.....	19
C. RELEVANZ DER MITVERANTWORTUNG DES OPFERS BEIM BETRUG	21
<i>I. Irrtum trotz Zweifel des Tatpfers?</i>	23
1. Die Theorie der überwiegenden Wahrscheinlichkeit als Debattenanstoß	23
2. Viktimodogmatische Ansätze.....	25
3. Die Möglichkeitstheorie der neueren Rechtsprechung und herrschenden Literaturansicht	28
4. Kritische Debatte und Stellungnahme	29
a) Generelle Vereinbarkeit von Irrtum und Zweifel	29
b) Die Möglichkeitstheorie als überzeugende Konsequenz.....	32
5. Ergebnis.....	33
<i>II. Betrug trotz Leichtgläubigkeit des Tatpfers?</i>	33

1. Ausgangslage: Leichtgläubigkeit des Tatopfers im Spiegel der Viktimodogmatik	34
2. Lösung über die fehlende Tatbestandsmäßigkeit der Täuschung.....	36
a) Darstellung	36
b) Stellungnahme	39
3. Lösung über die fehlende Adäquanz zwischen Täuschung und Irrtum.....	42
a) Darstellung	42
b) Stellungnahme	45
4. Lösung über die fehlende objektive Zurechnung	51
a) Darstellung	51
b) Stellungnahme	54
5. Einfluss durch das Recht der Europäischen Union	57
6. Ergebnis.....	62
<i>III. Fazit: Von der mangelnden Überzeugungskraft des viktimodogmatischen Ansatzes</i>	<i>64</i>
D. DAS TÄUSCHUNGSMERKMAL BEI WAHREN ERKLÄRUNGEN	67
<i>I. Problemaufriss: Zum Umgang mit einem vermeintlichen Paradoxon</i>	<i>67</i>
<i>II. Frühe Definitionsversuche</i>	<i>68</i>
<i>III. Ablehnung einer ausdrücklichen Täuschung</i>	<i>70</i>
<i>IV. Anforderungen an die konkludente Täuschung.....</i>	<i>71</i>
1. Betrachtungsmaßstab	71
a) Faktische Betrachtungsweise.....	74
b) Normative Betrachtungsweise.....	75
c) Faktisch-normativer Mischansatz.....	75
d) Stellungnahme	76
2. Zur Klarstellung: Konkludente Täuschung und Viktimodogmatik	78
3. Ergebnis.....	81
<i>V. Die Lösungsansätze der Literatur zur Dogmatik des Betrugs trotz wahrer Erklärung</i>	<i>82</i>
1. Die Täuschung trotz wahrer Erklärungen als konkludente Täuschung sui generis	83

2. Die Täuschung trotz wahrer Erklärung als reguläre Unterform der konkludenten Täuschung.....	84
a) Theorie vom besonderen Vertrauen	86
aa) Darstellung.....	86
bb) Stellungnahme.....	88
b) Theorie der Enttäuschung von Kontinuitätserwartungen	91
aa) Darstellung.....	91
bb) Stellungnahme.....	93
c) Zivilrechtliche Betrachtungsweise	96
aa) Darstellung.....	96
bb) Stellungnahme.....	98
d) Theorie des Gesamterklärungswerts	100
aa) Darstellung.....	100
bb) Stellungnahme.....	102
3. Ergebnis.....	106
<i>VI. Die Lösungsansätze der Rechtsprechung zur Dogmatik des Betrugs trotz wahrer Erklärung am Beispiel der höchstrichterlichen Rechtsprechung zu rechnungähnlichen Angebotschreiben</i>	<i>107</i>
1. Einführung.....	107
2. Die ältere obergerichtliche und höchstrichterliche Rechtsprechung	109
3. Das Urteil des BGH vom 26.04.2001 (BGHSt 47, 1) als Wendepunkt der Rechtsprechung	111
a) Die Eckpunkte der Entscheidung	111
b) Die Quellen des subjektiven Ansatzes	114
4. Stellungnahme.....	116
a) Die Frage nach der Existenz eines zusätzlichen Absichtsmerkmals innerhalb des subjektiven Tatbestandes	118
b) Die Notwendigkeit eines zusätzlichen Absichtsmerkmals innerhalb des subjektiven Tatbestandes	122
5. Ergebnis.....	123
<i>VII. Fazit: Die Irrelevanz der erklärten Wahrheit</i>	<i>124</i>

E. BETRUG DURCH ABO-FALLEN IM INTERNET	127
<i>I. Problemaufriss</i>	127
<i>II. Ausgewählte Rechtsprechung</i>	128
1. Der Beschluss des LG Frankfurt a.M. vom 05.03.2009.....	128
2. Der Beschluss des OLG Frankfurt a.M. vom 17.12.2010.....	131
3. Das Urteil des LG Hamburg vom 21.03.2012.....	136
4. Das Urteil des BGH vom 05.03.2014.....	137
<i>III. Reflexion der Rechtsprechung im Spiegel der Literatur und eigener</i>	
<i>Lösungsansatz</i>	142
1. Exkurs: Zivilrechtliche Beurteilung der Abo-Fallen-Problematik.....	142
a) Rechtslage bis zum 01.08.2012	143
b) Rechtslage seit dem 01.08.2012.....	144
2. Täuschung über Kostenpflichtigkeit des Angebots trotz gegenteilig wahrer	
Erklärung.....	147
a) Gesamterklärungswert der Webseite.....	147
b) Risikosphären und Pflichtenkreise	152
aa) Preisangabenverordnung (PAngV)	152
bb) UWG	154
cc) § 312j BGB.....	155
c) Ergebnis.....	156
3. Zusendung der Rechnung als notwendiger Bestandteil der Täuschung.....	157
4. Keine Einschränkung aufgrund von Opfermitverschulden	158
5. Keine Einschränkung durch Europäisches Recht.....	159
6. Irrtum, Vermögensverfügung und Vermögensschaden bei Abo-Fallen.....	159
a) Bei Zahlung	160
b) Bei Nichtzahlung.....	162
7. Zur Klarstellung: Unmittelbares Ansetzen beim Versuch.....	165
8. Besonders schwere Fälle und Qualifikation.....	166
<i>IV. Fazit</i>	168

F. BETRUG DURCH PING-ANRUFEN	171
I. Problemaufriss	171
II. Ausgewählte Rechtsprechung	172
1. Das Urteil des LG Hildesheim vom 10.02.2004	172
2. Der Beschluss des LG Osnabrück vom 26.05.2010	174
3. Der Beschluss des OLG Oldenburg vom 20.08.2010	177
4. Das Urteil des BGH vom 27.03.2014.....	180
III. Die Reflexion der Rechtsprechung im Spiegel der Literatur und eigener Lösungsansatz	183
1. Konkludente Täuschung über Kommunikationsinteresse eines menschlichen Anrufers.....	184
a) Ping-Anruf als rein technischer Vorgang ohne Erklärungswert?	184
b) Kommunikationsinteresse und Täuschung durch Ping-Anrufe.....	187
c) Anforderungen an die Kommunikationsaufnahme.....	190
aa) Eingrenzungsversuch durch „sinnvolles“ oder „ernsthafte“ Kommunikationsinteresse	191
bb) Eingrenzungsversuch durch Zeitpunkt des Anrufs.....	193
cc) Eingrenzungsversuch durch Art des Anrufers	194
dd) Zwischenergebnis.....	195
d) Betrug trotz wahrer Erklärung durch Vortäuschung des Kommunikationsinteresses?	196
e) Ergebnis.....	197
2. Konkludente Täuschung über wahre Identität der Rufnummern als Mehrwertdienstnummer trotz gegenteilig wahrer Erklärung.....	197
a) Gesamterklärungswert der hinterlassenen Rufnummer.....	198
b) Risikosphären und Pflichtenkreise	201
aa) § 66a TKG	201
bb) § 66k TKG.....	202
cc) Selbstverpflichtung deutscher Telekommunikationsunternehmen	203
c) Ergebnis.....	204

3. Täuschung durch Unterlassen der Aufklärung über tatsächliche Kosten des Rückrufs.....	205
4. Irrtümer bei Ping-Anrufen	206
5. Vermögensverfügung und Vermögensschaden	207
6. Unmittelbarkeitszusammenhang / „Stoffgleichheit“ zwischen Vermögensvorteil und Vermögensschaden	208
7. Besonders schwere Fälle und Qualifikation.....	213
8. Exkurs: Tatbegehung bei nur einer Täuschung.....	215
a) Ausschließliche Täuschung über das Kommunikationsverlangen eines menschlichen Anrufers	215
b) Ausschließliche Täuschung über wahre Identität der Rufnummer als Mehrwertdienstnummer.....	216
IV. Fazit	217
G. AUSBLICK	219
H. ANHANG: VISUELLE BEISPIELE FÜR ABO-FALLEN IM INTERNET („SCREENSHOTS“)	223
I. LITERATURVERZEICHNIS	231